

Soziale & ökologische Steuerreform mit Zukunftsperspektive Offener Brief

Salzburg, 5. März 2015

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Sehr geehrter Herr Vizekanzler!

Sehr geehrte Mitglieder der Österreichischen Bundesregierung!

Sehr geehrte Abgeordnete des Österreichischen Parlaments!

Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Für das Projekt „Wachstum im Wandel“ des Österreichischen Lebensministeriums konnten wir zwei Studien „Wirtschaften jenseits von Wachstum? Befunde und Ausblicke“ sowie „Zur Zukunft der Arbeit“ verfassen. In der Publikation „Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten“ ist eine Vielzahl an Fakten und Argumenten für eine notwendige Umsteuerung aufgelistet.

Mit dem beigefügten Argumentarium legen wir unsere Sichtweise zur aktuellen Debatte über eine Steuerreform in Österreich dar, die – wie Pressemeldungen zeigen – zum „faulen“ Kompromiss zu verkommen droht.

Die **steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit** ist ein Gebot der Stunde, nicht nur weil damit den ArbeitnehmerInnen mehr Einkommen zur Verfügung steht, sondern weil dies die arbeitsintensiven Klein- und Mittelbetriebe entlastet. Zudem entstehen neue Arbeitsplätze in Zukunft (und auch schon heute) vornehmlich im Dienstleistungssektor, der - anders als der Produktionssektor - kaum Rationalisierungspotenziale bietet. Aus Gründen der Fairness plädieren wir für die Begrenzung der Entlastung auf die mittleren und niedrigeren Einkommen; niedrigere Einstiegssteuersätze sowie eine Negativsteuer für ganz niedrige Einkommen wären Teil davon.

Ausgabenseitig allein, etwa durch eine Verwaltungsreform, wird dies jedoch nicht zu finanzieren sein und durch höhere Konsumsteuern würden die ArbeitnehmerInnen sich die „Entlastung“ wohl selber finanzieren. Wir plädieren daher mit Nachdruck für eine **Entideologisierung der Auseinandersetzung um vermögensbezogene Steuern** und deren Befreiung von

Lobbyinteressen. Zahlreiche Befunde belegen, dass die zunehmende Konzentration des Vermögens in den Händen weniger volkswirtschaftlich schädlich ist, weil sie der Wirtschaft Ressourcen entzieht. Laut einer Studie der Österreichischen Nationalbank verfügt das reichste 1 Prozent der Haushalte in Österreich (ca.40.000) über ein Geldnettovermögen von 200 Milliarden Euro. Wer bei einer Solidarabgabe dieser Gruppe von neuen „Belastungen für den Mittelstand“ warnt, betreibt Gehirnwäsche. Laut einer aktuellen OECD-Studie liegt Österreich bei vermögensbezogenen Steuern mit 1,7 % an den Gesamtsteuereinnahmen im untersten Feld (OECD-Durchschnitt = 5,5%).

Eines unserer Mitglieder - ein erfolgreicher Salzburger Unternehmer - hat uns folgende Berechnung zur gegenwärtigen Abgabenbelastung auf den Faktor Arbeit übermittelt (ist auch mit Lohnkostenrechner zu verifizieren, Zahlen gerundet):

Bruttomonatslohn	DN-Beiträge	Nettolohn	DG-Beiträge	Gesamtlohnkosten	Gesamt-abgaben	Anteil Abgaben
1000 €	150 €	850 €	310 €	1310 €	460 €	35 %
2000 €	590 €	1410 €	620 €	2620 €	1210 €	46 %
3000 €	1095 €	1905 €	930 €	3930 €	2025 €	52 %

Die Kapitalertragssteuer (KEST) liegt mit 25 % gegenüber 3000 € Bruttogehalt um mehr als die Hälfte niedriger. Daher plädieren wir für den Ersatz lohnbezogener durch kapitalertragsbezogene Steuern. Warum sollen Kapitalerträge nicht auch zur Finanzierung der Sozialversicherungen herangezogen werden, wie etwa in der Schweiz, wo alle Arten von Einkommen hierfür herangezogen werden?

Mit seiner Politik des „**New Deal**“ hat US-Präsident Roosevelt 1932 die Wirtschaft aus der Depression geführt, den Zusammenhalt gestärkt und die Bestverdiener erfolgreich um einen Solidarbeitrag gebeten. Die hohen Einkommen wurden vorübergehend mit 75 % besteuert. Im Unterschied zur Weimarer Republik, in der ein harter Sparkurs von Reichskanzler Brüning nicht erfolgreich war, hat sich das Budgetdefizit in den USA aufgrund dieser Maßnahmen nicht erhöht. Der Ökonom Raimund Dietz war kürzlich zu Gast beim „Club of Vienna“: Er ist überzeugt, dass die Beteiligung der Bestverdiener pragmatisch geführt werden soll. Bei entsprechender Argumentation der erforderlichen Maßnahmen sind die Betroffenen durchaus bereit, das Land auch in eigenem Interesse aus der Krise zu führen, wie etwa die Steuerinitiative von Reichen in Deutschland zeigt [mehr siehe Argumentarium, Punkt 1-2].

Zudem urgieren wir als **Implementierung ökologischer Elemente in die Steuerreform** die Anhebung der Steuern auf fossile Energie (als zentrale Maßnahme zur Reduzierung der Treibhausgase; die jährlichen Kosten des Klimawandels für Österreich werden in einer aktuellen Studie des BMLFUW auf 1 Mrd. € geschätzt) sowie die realistische Ausrichtung künftiger Budgetplanungen an **niedrigen Wachstumsraten** bzw. an **Nullwachstum**. Damit zusammenhängend gehen – gemeinsam mit mittlerweile zahlreichen Studien - auch wir davon aus, dass die Verringerung der **Arbeitslosigkeit** neue Wege braucht: das vorhandene Erwerbsar-

beitsstundenvolumen ist durch innovative Arbeitszeitmodelle (etwa Wunsch-arbeitsmodelle in der Familienphase für Männer und Frauen) und eine tendenzielle Umschichtung der Arbeit von den Älteren zu den Jungen besser zu verteilen. [mehr siehe Argumentarium, Punkt 3-5].

Nicht zuletzt werden neue **europäische und globale Solidarmodelle** nötig sein, um sich verschärfenden politischen und sozialen Krisen entgegenzuwirken. Dass Menschen aus Nachbarländern bei uns Betteln müssen und sogenannte Boat-People im Mittelmeer ertrinken, entspricht nicht der Humanität, die von den europäischen Eliten immer wieder als Wert hochgehalten wird. Die JBZ unterstützt aus diesem Grund die Initiative eines Global Marshall Plans sowie Konzepte einer Weltentwicklungs- Umwelt- und Sozialpolitik mit globalen Steuern [mehr siehe Argumentarium, 6-7].

Der **Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister** – er wird Hauptreferent unseres zweiten **Salzburger Zukunftsforums für nachhaltiges Wirtschaften** sein – geht in der uns vorliegenden Stellungnahme **„Lernen aus der Krise: Ein New Deal für Europa“** [mehr s. Anhang 2] davon aus, dass sich die Krisen weiter zuspitzen werden, ehe es zum Umdenken kommt: „Eine neuerliche Entwertung der Aktien und damit des Pensionskapitals und der Finanzinvestitionen von Unternehmen und Haushalten wird deren Nachfrage senken, die EU-Staaten werden nicht gegensteuern, die Krise vertieft sich. Wenn die Zahl der Arbeitslosen in der EU gegen 40 Millionen steigt, wenn noch mehr Junge deklassiert werden und wenn sich (daher) der Vormarsch rechtspopulistischer Parteien beschleunigt, besteht eine Chance, dass auch die Eliten ihre Weltanschauung in Frage stellen.“

Erst dann werde es zum Kurswechsel kommen, dessen Leitlinien, so Schulmeister, sich an Roosevelts News Deal (s.o.) orientieren sollen: „Bekämpfung aller Formen der Finanzalchemie und damit Konzentration des Gewinnstrebens auf die Realwirtschaft, (darüber hinausgehende) Stärkung der gemeinsamen Interessen von Unternehmern und Arbeitnehmern, Fokussierung auf die bedrückendsten Probleme wie (Jugend)Arbeitslosigkeit, Existenzgefährdung vieler Unternehmen, steigende Staatsverschuldung, Armut und generell soziale Ungleichheit.“

Sechs „Projekte“ für Europa schlägt Schulmeister der Politik vor, anstatt – wie er meint – zum „xten-Mal Strukturreformen einzufordern“:

- 1) Umwandlung des Euro-Rettungsfonds in einen „Europäischen Währungsfonds“, der den europäischen Staaten Eurobonds zu niedrigen Zinsen zur Verfügung stellt und sie damit der Erpressung durch die Finanzmärkte entzieht.
- 2) Festlegung von Wechselkursbandbreiten zwischen den vier wichtigsten Weltwährungen, gegen diese zu spekulieren würde daher unrentabel.
- 3) Einführung einer generellen Transaktionssteuer.
- 4) Übergang vom instabilen Fließhandel zu Auktionen auf den Aktienbörsen.
- 5) Festlegung der langfristigen Entwicklung des Erdölpreises durch Einführung einer EU-weiten Steuer, welche die Differenz zum jeweiligen Weltmarktpreis abschöpft.

6) Gründung einer europäischen Ratingagentur als einer öffentlichen Institution (analog dem Rechnungshof).

Für Österreich schlägt Schulmeister eine Ökooffensive sowie – wie wir – eine Neuverteilung des Erwerbsarbeitsstundenvolumens vor; beides würde mehr Menschen in Arbeit bringen.

Wir wissen, dass Politik immer die Kunst des Möglichen bedeutet. Kompromisse sind nötig, doch faule Kompromisse verzögern nur die Bewältigung anstehender Herausforderungen. In diesem Sinne wollen wir mit diesem Offenen Brief und dem beigefügten Argumentarium den uns möglichen Beitrag zum Gelingen eines „großen Wurfes“ leisten.

Mag. Hans Holzinger

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Nachhaltigkeitsexperte
der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen

Adresse: Strubergasse 18/2 | 5020 Salzburg | Tel. 0662.873206

Email: jungk-bibliothek@salzburg.at | Homepage: www.jungk-bibliothek.at